

Antrag Nr. 13-O-01-0003

DIE LINKE

Betreff:

European Business School (EBS)

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

1. DIE LINKE im Ortsbeirat Wiesbaden Mitte fordert umgehend den Magistrat und den Oberbürgermeister Dr. Müller auf zu berichten, wie es dazu kommen konnte, dass Steuergelder nicht in die EBS flossen.
2. Warum der Finanzierungsplan der EBS fern ab der Realität war und ist.
3. Warum hat der **Oberbürgermeister Dr. Müller**, noch bis vor kurzem noch Mitglied im Führungsgremium der EBS, die Fantaziezahlen des Finanzierungsplans der European Business School (EBS) ungeprüft zur Grundlage gemacht, um 23 Millionen Euro Steuergelder fließen zu lassen. Die Wirtschaftshochschule EBS hat mehr ausgegeben als geplant, weniger eingenommen und steht tief in den **roten Zahlen**. Die EBS droht zum Millionengrab zu werden. Der nächste 'Leuchtturm' aus der Regierungszeit Roland Kochs bricht in sich zusammen.
4. Die Verantwortung für dieses Desaster trägt nicht nur die Hessische Landesregierung sondern auch die Wiesbadener Stadtregierung (SPD-CDU). Wie Medienberichten zu entnehmen ist, wusste nicht nur das Ministerium laut Rechnungshofbericht frühzeitig von der finanziellen Schieflage der EBS, sondern auch der Wiesbadener Oberbürgermeister Dr. Müller. Trotzdem wurden weitere Tranchen ausgezahlt. Die Frage stellt sich, warum dies geschah.

Fakt ist:

Es ist höchste Zeit, dass jetzt die Reißleine gezogen wird. Die zahlreichen Mitverantwortlichen, die ihre Finger im Spiel hatten, müssen Konsequenzen ziehen. Nicht nur die Landesregierung auch der **Wiesbadener Oberbürgermeister** hat offensichtlich in den zurückliegenden Monaten und Jahren beide Augen fest zugedrückt und zugelassen, dass 23 Mio. Euro an Steuergeldern in den Sand gesetzt worden sind."

Die Liste derer, die in irgendeiner Form mit der EBS verbandelt seien, sei sehr lang. Sowohl Wiesbadens Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU) als auch Wirtschaftsminister Florian Rentsch und der stellvertretende Ministerpräsident Jörg-Uwe Hahn (beide FDP) seien in den Gremien der EBS gewesen. Es sei zu bezweifeln, dass sie dort von der dramatischen finanziellen Schieflage der privaten Wirtschaftshochschule nichts mitbekommen hätten.

Dazu erklärt **J. Wissler (DIE LINKE)** "Aktuell kommt nun die in der heutigen FAZ nachzulesende Aussage des EBS-Präsidenten Rolf Cremer hinzu, die EBS sei mit ihrem Geschäftsmodell auf einem guten Weg. So etwas zu behaupten, ist blanker Hohn. Wenn 23 Mio. Euro verschwendete Steuergelder ein guter Weg sind, will niemand wissen, ab wann aus Sicht des Hochschulpräsidenten und der Landesregierung der Weg steinig wird."

Die Ablehnung der Wiesbadener LINKEN zur Förderung einer privaten Hochschule hat sich durch die neuesten Enthüllungen erneut als richtig erwiesen.

Der Rückzug von Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller aus dem Stiftungsrat der Hochschule war der erste richtige Schritt. Die Koalition aus CDU und SPD muss nun auch endgültig einen Schlusstrich unter die Pläne zur Ansiedlung der EBS an der Moritzstraße ziehen und neue Pläne

Antrag Nr. 13-O-01-0003 DIE LINKE

für das ehemalige Gerichtsgebäude entwickeln. DIE LINKE Wiesbaden fordert eine Nutzung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

Wir erwarten, dass der Oberbürgermeister Müller sich auch bezüglich der desolaten, finanziellen Lage der EBS erklärt. Es ist für uns unvorstellbar, dass er von der finanziellen Schieflage nichts gewusst hat. Als Kämmerer und Oberbürgermeister sollte er seine Prioritäten lieber auf die öffentlichen Schulen und Hochschulen setzen und für diese Geld aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung stellen. Die erst bekannt gewordenen Pläne die hier dringend notwendigen Sanierungen teilweise durch private Finanzierungsmodelle abzudecken lehnen wir strikt ab.

Für DIE LINKE ist klar: Es muss endlich Schluss damit sein, dass in öffentlichen Schulen der Putz von der Decke bröckelt und angeblich kein Geld für das Nötigste da ist.

Wiesbaden, 21.01.2013